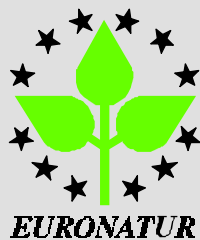


---

# Umsetzung der Agenda 2000 in Dänemark

Landwirtschaft, Agrarpolitik und die Umsetzung der Berliner Beschlüsse zur  
Agenda 2000 in Dänemark

Projektstudie



Stiftung Europäisches Naturerbe  
EURONATUR



Arbeitsgemeinschaft bäuerliche  
Landwirtschaft - AbL

---

**Impressum:**

Der Bericht wurde von Dr. Andrea Fink-Keßler, Büro für Agrar- und Regionalentwicklung, Kassel, erstellt. Er ist Teil eines vom Umweltbundesamt geförderten Projektes, das von der Stiftung Europäisches Naturerbe EURONATUR und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) getragen wird. Der Kurztitel des Projektes lautet: „Landwirtschaft und Umwelt - Agenda 2007“.

Rheinbach / Hamm, Mai 2002

**Kontakt:**

**Stiftung Europäisches Naturerbe  
EURONATUR**  
Grabenstraße 23  
D - 53359 Rheinbach / Bonn  
Tel: 02226-2045, Fax: 02226-17100  
Lutz.Ribbe@euronatur.org  
<http://www.euronatur.org>



**Arbeitsgemeinschaft bäuerliche  
Landwirtschaft**  
Bahnhofstraße 31  
D - 59065 Hamm / Westfalen  
Tel: 02381-9053171, Fax: 02381-492221  
jasper@abl-ev.de  
<http://www.abl-ev.de>

# Umsetzung der Agenda 2000 in Dänemark

**Landwirtschaft, Agrarpolitik und die Umsetzung der Berliner Beschlüsse zur  
Agenda 2000 in Dänemark**

erarbeitet durch

Büro für Agrar- und Regionalentwicklung  
Dr. Ing. Andrea Fink-Keßler  
Tischbeinstr. 112  
34121 Kassel

## Inhaltsverzeichnis

<b>1 Die Entwicklung der dänischen Land- und Agrarwirtschaft .....</b>	<b>5</b>
Dänische Landwirtschaft und ihre Erzeugnisse .....	5
Spezialisiert auf Veredlung .....	6
Bedeutung von Ernährungsindustrie und Agrarhandel .....	6
<b>2 Agrarpolitik: Zwischen Welthandel und Ökolandbau .....</b>	<b>7</b>
Liberalen Positionen haben Geschichte .....	7
Die dänische Agrarphilosophie: Wir erzeugen, was der Markt will .....	7
Zum Beispiel Schweinefleisch .....	8
Zum Beispiel Ökolandbau .....	9
Umwelt <i>und</i> intensive Produktion .....	10
<b>3 Die erste Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik und die Anwendung der „cross compliance“ .....</b>	<b>13</b>
Direktbeihilfen für Ackerfrüchte .....	13
Rinderprämien .....	13
Grünlandprämie .....	13
<b>4 Die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik .....</b>	<b>14</b>
<b>5 Politische Einschätzungen und Positionen für die kommende Reform .....</b>	<b>16</b>
<b>6 Zusammenfassung .....</b>	<b>17</b>
<b>Anmerkungen .....</b>	<b>18</b>
<b>Anhang .....</b>	<b>19</b>
Folien-Vorlagen .....	19

# 1 Die Entwicklung der dänischen Land- und Agrarwirtschaft <sup>a)</sup>

## Dänische Landwirtschaft und ihre Erzeugnisse<sup>1</sup>

Die dänische Landwirtschaft bearbeitet 63 Prozent des 4,24 Millionen Hektar großen Landes. 13 Prozent der Fläche sind Wald. Ackerland und Getreideanbau dominieren die 2,67 Millionen Hektar große landwirtschaftliche Nutzfläche. Verschwindend gering ist der Anteil des Dauergrünlandes; laut Statistik sind es 151.000 Hektar oder 5,6 Prozent. Zählt man Feldgrasanbau hinzu, so erhöht sich der Anteil auf 15 Prozent. Als Grünfütter werden vor allem Ganzpflanzensilage und Mais (7 Prozent der Fläche) angebaut.

Die dänische Landwirtschaft vollzog innerhalb der letzten 40 Jahre einen tiefgreifenden Wandel:

- Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe verringerte sich von rund 200.000 in den 50er Jahren um fast drei Viertel auf 55.800 Betriebe im Jahr 1999.
- Die Durchschnittsgröße der Betriebe ist seither auf 46,8 Hektar angestiegen und liegt damit, nach England, an der Spitze der EU-Mitgliedstaaten.
- Die Agrarstruktur hat sich völlig verändert: Die traditionell unbedeutende Gruppe der Nebenerwerbsbetriebe stellt heute die Mehrheit der Betriebe. Bis Mitte der 60er Jahre war ihre Anzahl mit 40.000 Betrieben relativ konstant, d.h. knapp ein Viertel der Betriebe wurde im Nebenerwerb bewirtschaftet. Heute bilden die 34.100 Nebenerwerbsbetriebe die Mehrheit (62 Prozent) der Betriebe, und dies mit steigender Tendenz. Von den Haupterwerbsbetrieben wird hingegen erwartet, dass sich ihre Anzahl innerhalb der nächsten 10 Jahre von derzeit 21.000 auf 10.000 halbieren wird.
- Weniger schnell änderten sich die Verhältnisse im Bodenbesitz. Über Jahrzehnte war ein hoher Eigentumsanteil an Land typisch. 1966 lag der Anteil des Pachtlandes noch bei 7 Prozent, 1979 schon bei 15 Prozent, und heute beträgt er bereits rund 25 Prozent.<sup>2</sup>
- Die dänische Landwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten in einem enorm beschleunigten Prozess spezialisiert und intensiviert. Die Produktion liegt in den Händen von

einem Drittel der Betriebe, welche sich ganz überwiegend auf Schweinemast oder Milcherzeugung spezialisiert haben:

- 31 Prozent der Betriebe bewirtschaften 70 Prozent der Landwirtschaftlichen Nutzfläche (LF) und haben mehr als 50 Hektar Land;
- 17 Prozent der Betriebe halten nur Schweine, dafür aber 82 Prozent des dänischen Schweinebestandes;
- 32 Prozent der Betriebe haben sich auf Rinder spezialisiert (vorwiegend Milcherzeugung) und halten ebenfalls 82 Prozent aller dänischen Rinder;
- 35 Prozent der Betriebe erwirtschaften 83 Prozent des gesamten Standardbetriebseinkommens. Zu ihnen gehören vorrangig diese spezialisierten Schweinemast- und Milchviehbetriebe.

Die Spezialisierung der Produktion ist nicht zuletzt der Politik der genossenschaftlichen Schlacht- und Verarbeitungsunternehmen geschuldet. Um den sensiblen und schnell auf Zoonosenbefall reagierenden US-Schweinefleischmarkt bedienen zu können, werden die Erzeuger vertraglich verpflichtet, nur eine Tierart pro Betrieb zu halten.

### **Dänemark im europäischen Vergleich (EU-15, 1996/98):**

- mit 4,3 Mio. Hektar ist Dänemark einer der kleineren EU-Mitgliedstaaten (F: 54,3 Mio. ha, ES: 50,0 Mio. ha, D: 35,7 Mio. ha);
- dänische Bauern bewirtschaften 2,1 Prozent der Landwirtschaftsfläche in der EU;
- Dänemark ist fünftgrößter Schweinefleischproduzent der EU, nach Deutschland, Spanien und den Niederlanden. Die dänischen Bauern halten 9,5 Prozent der Schweine-Erzeugung in der EU;
- Dänemark ist wichtigster Schweinefleischlieferant der EU auf Drittlandsmärkten.

## Spezialisiert auf Veredlung

Typisch für die dänische Landwirtschaft ist die exportorientierte Veredlungsproduktion. 72 Prozent des erzeugten Getreides wandert in den Futtertrog, 20 Prozent wird exportiert.

Produktionsschwerpunkt ist zweifelsfrei der Schweinesektor: 82 Prozent des erzeugten Fleisches ist Schweinefleisch, Tendenz steigend. Allein innerhalb der letzten 10 Jahre hat sich die Produktion um mehr als ein Fünftel ausgeweitet und erreichte 1999 ein Rekordniveau.

Der Spezialisierungs- und Konzentrationsgrad ist enorm hoch:

- 1999 wurden durchschnittlich 751 Schweine pro Betrieb gehalten, das waren fünfmal mehr als im EU-Durchschnitt (zum Vergleich: 1990-1994 waren es noch 386 Schweine pro Betrieb, also fast die Hälfte; in Deutschland lag der Durchschnitt bei 131 Schweinen (1997)).
- 84 Prozent aller Schweine leben in Beständen mit über 1.000 Tieren, 64 Prozent aller Sauen in Herden größer 200 Tiere (in Deutschland standen 1999 34 % aller Schweine in Beständen mit 1.000 oder mehr Tieren; 30 % der Sauen in Betrieben mit 200 oder mehr Sauen).

Rückläufig hingegen sind die Milcherzeugung und die Rinderhaltung. Die wenigen verbliebenen Betriebe sind ebenfalls hoch spezialisiert: Von den 11.000 Milchviehbetrieben hat ein Viertel mehr als 75 Kühe. Sie halten knapp die Hälfte des dänischen Milchviehbestandes. Typisch für kleinere Betriebe im Nebenerwerb ist die Mutterkuhhaltung. Sie hat innerhalb der 90er Jahre leicht zugenommen.

Sehr stark zugenommen hat die Mastgeflügelhaltung. Zwei Drittel der Produktion geht allerdings in den Export.

## Bedeutung von Ernährungsindustrie und Agrarhandel

Landwirtschaft ist für die dänische Gesellschaft ein bedeutender Wirtschaftszweig:

- Obwohl insgesamt nur 4 Prozent der Beschäftigten Dänemarks im Land- und Gartenbau tätig sind, trägt die Landwirtschaft in den westlichen Landesteilen (Jütland und auf Fyn) wesentlich zur Gesamtbeschäftigung bei (zwischen 10 und 14 Prozent<sup>3</sup>). Zählt man die Beschäftigten in der Ernährungswirtschaft (ohne Zulieferung und andere Dienstleister) hinzu, so sind 6 Prozent aller Arbeitnehmer im Agrarsektor tätig.
- Die Landwirtschaft sorgt traditionell mit ihren Netto-Deviseneinnahmen für eine Stabilisierung der immer wieder defizitären Handelsbilanz. Bis in die 60er Jahre hinein hatte der Agrarsektor einen Anteil von über 50 Prozent am dänischen Außenhandel. Heute stellt er mit über 60 Milliarden Kronen (8,07 Mrd. €) rund 15 Prozent des dänischen Ausfuhrwertes. Rund zwei Drittel der erzeugten Agrarprodukte werden exportiert! Aufgrund der vergleichsweise geringen Agrarimporte ist der Nettoexport der gesamten Nahrungs- und Genussmittelbranche sehr hoch (40 Prozent). Landwirtschaft wird daher mehr als Devisenbringer betrachtet denn als notwendiges Instrument zur Sicherung der nationalen Lebensmittelversorgung.<sup>4</sup>
- Monetär betrachtet ist Schweinefleisch mit einem Anteil von 33 Prozent der Agrarausfuhren das wichtigste Exporterzeugnis. Hauptabsatzmärkte sind das Vereinigte Königreich, Deutschland, USA und Japan.
- Milcherzeugnisse wie Käse und Butter stehen mit einem Anteil von 21 Prozent an zweiter Stelle der Exportstatistik. Ein Drittel der Agrarexporte geht an Drittländer (d.h. außerhalb der EU).

Typisch für Dänemark ist die genossenschaftliche Organisation des vor- und nachgelagerten Sektors und dessen hohe betriebliche Konzentration.

## 2 Agrarpolitik: Zwischen Welthandel und Ökolandbau

### Liberale Positionen haben Geschichte

**Unabhängigkeit und Freihandel**<sup>5</sup> sind historisch gewachsene Leitbilder der dänischen Agrarpolitik. Sie haben ihre Wurzeln im 18. und 19. Jahrhundert. Die Bauernbefreiung des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts schuf die Möglichkeit des Grunderwerbs für Bauern. Die neuen Höfe wurden arrondiert, die Dörfer dezentralisiert. Dies prägt das ländliche Dänemark bis heute.

Die Wurzeln für das Selbstverständnis der dänischen Bauern als selbständige Unternehmer, welche die Anpassung an sich ändernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen selbst zu verkraften haben und nur in Ausnahmesituationen die Allgemeinheit zu Hilfe rufen, liegen ebenfalls in der Geschichte. Im 19. Jahrhundert war Getreide das wichtigste dänische Exportgut. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts verlor es seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem aufgrund der durch verbesserte Transportmöglichkeiten billigeren Importgetreide aus Übersee und aus Rußland. Deutschland reagierte auf die veränderte Lage mit der Einführung von Getreidezöllen. Dänemark entschied sich gegen protektionistische Maßnahmen und ließ das Importgetreide ungehindert in den dänischen Markt dringen. Die dänischen Landwirte begannen daraufhin, ihr Getreide zu „veredeln“, d.h. zur Produktion von tierischen Erzeugnissen einsetzen, und legten damit den Grundstein für die heutige Veredlungswirtschaft. Die dänische Qualitätspolitik (Lurpack-Marke) wurde führend in Europa. Deutschland und England wurden Hauptabnehmerländer für dänische Agrarprodukte. Dänemark ist bis heute ein Nettoagrarexporteur geblieben. Landwirtschaft und ihre Exporterzeugnisse dienen der Netto-Devisenbeschaffung. Exporte und die dazu notwendige Expansion der Agrarproduktion sind folglich positiv besetzte Werte und genießen die Unterstützung der Agrarpolitik.

Von ihrem Grundverständnis her greift die dänische Agrarpolitik daher nicht tief in das Wirtschaftsgeschehen ein. Man orientiert sich am Marktgeschehen und fördert die Effizienz der landwirtschaftlichen Unternehmen. Staatliche Förderung fließt in die Ausbildung der Landwirte, die traditionell ein hohes Niveau hat, sowie in die Beratung und Forschung.

Bis zum Eintritt in die EU kam der dänischen Landwirtschaft keine Sonderrolle oder gar Sonderbe-

handlung zu. Jeder Landwirt hatte seine Steuern zu zahlen wie jeder andere Wirtschaftende auch.

Die dänische **Agrarstrukturpolitik** steht den liberalen marktwirtschaftlichen Positionen diametral entgegen. Das Landwirtschaftsgesetz von 1967 ist ihr Kernstück und zugleich ein wichtiges Instrument dänischer Agrarpolitik<sup>6</sup>. Zwar ist das Leitbild des dänischen Landwirtschaftsgesetzes der unabhängige Landwirt, der auf seinem Eigentum wirtschaftet, zugleich aber soll über dieses Gesetz der Haupterwerb gefördert und der regionalen Bodenkonzentration Grenzen gesetzt werden.

In die Frage des Bodeneigentums greift der dänische Staat wesentlich restriktiver ein, als dies in Deutschland der Fall ist. Jeder Generationswechsel auf den Höfen ist wie eine Neugründung, da die Hofübernahme durch Kauf des Betriebes von der scheidenden Generation durch den Hofnachfolger vollzogen wird. Sie unterliegt damit dem dänischen Landwirtschaftsgesetz. Auch Betriebsvergrößerungen vollziehen sich in der Regel über den Kauf ganzer Betriebe und unterliegen dem Landwirtschaftsgesetz. Nicht-Landwirte dürfen nur sehr eingeschränkt Land erwerben. Das Gesetz legt auch Grenzen für die Tierhaltung bei 250 Vieheinheiten oder umgerechnet 170 ha LN fest (siehe genauer auf Seite 10-11: Kasten zum dänischen Landwirtschaftsgesetz).

Dem dänischen Kleinbauern-Verband ist diese Grenze zu weit nach oben gesetzt worden. Er fordert, dass dieses strukturpolitische Instrument ernsthafter im Sinne des Erhalts kleiner und mittlerer Betriebe eingesetzt wird.

### Die dänische Agrarphilosophie: Wir erzeugen, was der Markt will

Charakteristisch für die dänische Agrarproduktion und Agrarpolitik ist ihre Ausrichtung auf die Erfordernisse des Marktes. Diese Ausrichtung wird unterstützt durch die genossenschaftliche Organisation der wichtigsten Agrarsektoren und durch den gesellschaftlich verankerten großen Willen zum Konsens aller Beteiligten. Dies soll am Beispiel Schweinefleisch und Ökolandbau gezeigt werden.

Typisch in Dänemark ist die **genossenschaftliche Organisation** der dem Agrarbereich vor- und nachgelagerten Sektoren. Dem Selbstbildnis des

freien Unternehmers entspricht die Freiwilligkeit und Entscheidungsfreiheit der Genossen. Ein Genossenschaftsgesetz existiert in Dänemark nicht. Jede Genossenschaft kann ihre Regeln individuell gestalten. Zugleich jedoch nehmen die Genossenschaften eine Schlüsselstellung bei der Transformation des Agrarsektors hin zu einer intensiven und exportorientierten Veredlungswirtschaft ein. Bis auf wenige Ausnahmen (Getreidehandel) wird der Agrarsektor von immer weniger Genossenschaften dominiert.

Eine besonders enge Verbundwirtschaft zwischen der Landwirtschaft, den vor- und nachgelagerten Sektoren und der staatlichen Verwaltung herrscht im wichtigsten Produktionsbereich, dem Schweine-sektor. 1970 gab es noch 54 Schlachtunternehmen, heute nur noch drei. Sie teilen sich den Markt auf und sind wiederum in der Dachorganisation „Danske Slagterier“ organisiert. Die „Danske Slagterier“ wiederum entwickelt Qualitätsstandards und Vermarktungsstrategien. Auch die Zuchtziele werden zentral vom Dachverband festgelegt. Die Betriebe werden von einem flächendeckenden Beratungs- und Kontrollsystem (Dänische Gesundheitskontrolle) betreut. Ein zentrales Abrechnungssystem dient u.a. der Aufrechterhaltung der Qualitätsstandards.<sup>7</sup>

Der hohe genossenschaftliche Organisationsgrad und die inzwischen erreichte tiefe Integration landwirtschaftlicher Betriebe in ein auf wenige Unternehmen reduziertes Verbundsystem haben ihre Wurzeln auch in den gesellschaftspolitischen Traditionen Dänemarks. Die Gesellschaft selbst versteht sich als relativ homogen, zumal die 4 Millionen Einwohner Dänemarks eine vergleichbar überschaubare Gruppe bilden. Die Vorstellung einer Gesellschaft gleicher Bürger, die zugleich einem stärker individualistisch geprägtem Verhalten einen Riegel vorschiebt, fördert **Konsens und Kooperation** auch in der Landwirtschaft; im übrigen besonders auch in der Umweltpolitik.<sup>8</sup>

Typisch ist daher ein starker Wille zum Konsens, eine oft hohe Übereinstimmung der gut durchorganisierten Bauernverbände mit der Regierung und den von ihr vertretenen nationalen Interessen. Bauerndemonstrationen sind in Dänemark so selten wie die von Unternehmerverbänden.<sup>9</sup> Ausdruck dieses Konsenswillens ist, dass alle Agrarverbände, die Genossenschaften sowie die Export- und Branchenausschüsse im Dänischen Agrarrat organisiert sind, in dem seit kurzem auch der Dachverband der Ökologischen Landwirtschaft Mitglied ist. Die beiden Bauernverbände sehen neben der politischen Interessenvertretung ihre Hauptaufgabe in der Beratung der Landwirte und haben dazu ein engmaschiges Beratungsnetz aufgebaut.

Auffällig ist, vor allem im Umweltbereich, die Koope-

ration der Behörden mit nicht-staatlichen Organisationen, und dies auf allen Entscheidungsebenen. Auch werden Bürger, Unternehmen und nicht-staatlichen Organisationen frühzeitig in den politischen Meinungsbildungsprozess einbezogen. Diese Kooperation führt zu gemeinsamen Aktionsplänen.

## Zum Beispiel Schweinefleisch

Bereits Anfang der 90er Jahre hat der Dachverband der Dänischen Schlachtindustrie „Danske Slagterier“ ein neues Marketingkonzept entwickelt, welches Fleischqualität und umweltverträgliche Erzeugung in den Mittelpunkt stellt. Dazu wurden freiwillige Selbstverpflichtungen getroffen (u.a. 60 bis 70 Prozent des Futters sollen auf der betriebs-eigenen Fläche erzeugt werden) und Tierbesatzdichten festgelegt. Der Marktanteil des Programms beträgt derzeit 10 Prozent. Die Nachfrage, so Borge Mortensen von der Danske Slagterier, sei anfangs gering gewesen, aber es sei ihnen wichtig, dass Verbraucher, die solche Produkte - zu höheren Preisen - kaufen wollen, dies auch können.<sup>10</sup>

Mit Hilfe ihres engen Verbundsystems können sich die dänischen Schweineproduzenten schnell auf die Erfordernisse der ausländischen Märkte einstellen. So zum Beispiel auf die Tierschutzvorschriften in der Schweinehaltung, welche im Vereinigten Königreich, dem wichtigsten Abnehmer dänischen Bacons, eingehalten werden müssen. Ein Teil der dänischen Schweinemäster, deren Schweinefleisch nach England exportiert wird, verzichtet daher auf die Verfütterung von Tier- und Knochenmehl und hält Sauen in Gruppen. Da am britischen Markt nur bestimmte Teilstücke des Schweines verkauft werden, sind lediglich 30 bis 40 Prozent der dänischen Schweineproduzenten in dieses Konzept eingebunden. Mit ihnen wurden Verträge geschlossen. Ein Auditsystem garantiert den englischen Handelsunternehmen, dass die Schweine gemäß den britischen Forderungen produziert wurden. Zum Ausgleich zusätzlicher Produktionskosten erhält der Schweineerzeuger eine Prämie von 0,4 DKK (0,05 €) pro Kilogramm Schlachtgewicht.<sup>11</sup>

1998 stellte der dänische Agrarminister ein neues Konzept zur Qualitätsschweineerzeugung vor. Schweinen aus diesem Qualitätsprogramm wird u.a. mehr Platz im Stall eingeräumt, in der Aufzucht wird auf antibiotische Leistungsförderer verzichtet und die Buchten müssen auch mit Stroh eingestreut sein.<sup>12</sup> Erwartet wird, dass der Marktanteil auf 15 Prozent steigen und auch der Export dieser Produkte zunehmen wird.

In den Jahren 1998 bis 2001 sind drei neue Gesetze in Dänemark verabschiedet worden, die einen

verbesserten **Tierschutz in der Schweinehaltung** zum Ziel haben.<sup>18</sup> So ist z.B. für die Sauenställe, die nach dem 1.1.1999 gebaut werden, vorgeschrieben: eine Stallfläche von mindestens 1,8 - 2,8 m<sup>2</sup> pro Sau (je nach Gruppengröße) inklusive einer eingestreuten planbefestigten Liegefläche von mindestens 1,3 m<sup>2</sup> pro trächtiger Sau (0,95 m<sup>2</sup> bei Erstlingsausen), zudem für trächtige Sauen ein Freilauf nach draußen. Im Bereich der Ferkel- und Mast Schweinehaltung sind seit dem 1.7.2000 Ställe mit Vollspaltenböden verboten; der Boden in Ställen für Tiere im Alter von bis zu 10 Wochen muss zur Hälfte befestigt oder drainiert sein, für ältere Masttiere zu einem Drittel. Damit gehen die dänischen Gesetze zum Teil weit über den EU-Rahmen und die bisherige deutsche Verordnung hinaus. Nur was die Flächenanforderungen für Mast Schweine angeht, hält sich Dänemark - wie bislang auch Deutschland - an die EU-Mindestvorgaben (z.B.: 0,2 m<sup>2</sup>/Ferkel von 10-20 kg; 0,65 m<sup>2</sup>/schlachteifes Mast Schwein von 85-110 kg).

## Zum Beispiel Ökolandbau

In Dänemark war es wie überall: In den 80er Jahren wirtschafteten nur wenige Landwirte nach den Prinzipien des Ökologischen Landbaus. 1981 wurde ein Anbauverband gegründet. Anders als in Deutschland knüpfte dieser sofort Kontakte zur größten Supermarktkette Dänemarks und diese begann mit dem Vertrieb weniger Bioprodukte. Politisch schlossen sich die Biolandwirte mit dem Verband für Kleinbauern (Familielandsbrug) zusammen und setzten mit seiner Hilfe 1987 ein erstes staatliches Förderprogramm durch. Beihilfen zur Umstellung, Beratung und Vermarktung wurden gegeben und das staatliche Gütesiegel für Ökoprodukte eingeführt. Der Markt gab schließlich das Signal für die Wende: 1993 änderte die Supermarktkette ihre Preispolitik, senkte den Ökozuschlag am Regal deutlich und lanzierte zugleich eine große Werbekampagne für Bioprodukte. Die Nachfrage nach Bioware entwickelte sich in der Folgezeit sprunghaft nach oben. Da die heimische Erzeugung diese Nachfrage nicht mehr decken konnte, musste Ware importiert werden. Das veränderte Konsumverhalten und dieser neu entstandene Importbedarf brachte das Landwirtschaftsministerium in Bewegung. Die Förderung des Ökologischen Landbaus wurde zum Ziel staatlicher Agrarpolitik erklärt und 1995 ein Aktionsplan zur Förderung des Ökologischen Landbaus entwickelt, welcher umfassende Entwicklungsstrategien für Produktion, Verarbeitung, Absatz, Forschung und Beratung enthielt. Eine Zielvorgabe des Aktionsplanes I war: Umstellung von 7 Prozent der dänischen Agrarflächen und Erhöhung der Anteile von

*Im Jahr 2000 zählte Dänemark zu den fortgeschrittensten Ländern im Ökobereich: mehr als 6 Prozent der LN werden von 3.600 Betrieben (1999 waren es noch 5,2 Prozent der Betriebe) bewirtschaftet. 75 Prozent dieser Bauern wirtschaften in Jütland mit durchschnittlich 55 ha LN. Allein im Jahr 2000 haben 548 Betriebe umgestellt. Im EU-Durchschnitt sind 1999 nur 1,9 Prozent der LN von 1,6 Prozent der Betriebe bewirtschaftet worden.*

*Die deutsche Entwicklung hinkt weit hinter der dänischen zurück: Nur 1,8 Prozent der Betriebe wirtschaften ökologisch und dies auf 2,4 Prozent der LN.<sup>14</sup>*

Bioprodukten am dänischen Markt u.a. auf 15 bis 20 Prozent bei Trinkmilch, 10 bis 15 Prozent bei Fleisch und 10 Prozent bei Gemüse.

Ein Ziel des ersten Aktionsplanes, den Biolandbau in die konventionellen Strukturen der Beratung, Verarbeitung und Ausbildung zu integrieren, ist inzwischen weitgehend erreicht. Der Dachverband der Biobauern ist Mitglied im Dänischen Agrarrat, die Beratung wurde vom Dänischen Beratungszentrum übernommen und selbst im großen Bauernverband wirtschaften drei Vorstandsmitglieder ökologisch. 1998 bündelten die Bioverbände ihre Kräfte und gründeten das „Ökologiens Hus“ in Ahus, in welchem der Dänische Bioverband, das Bioberatungszentrum, der Verband der Biodynamischen Landwirtschaft und das IFOAM-Büro arbeiten.<sup>13</sup>

Als 1998 der 2. Aktionsplan der Regierung für den Ökolandbau ins Leben gerufen wurde, existierten rund 2.200 Biobetriebe mit 99.000 ha Nutzfläche.

Der zweite Aktionsplan geht gezielt die Defizite der dänischen Bioproduktion an: Der Importbedarf in verschiedenen Produktbereichen soll beseitigt, die Verarbeitung von Milch, Getreide und Gemüse gefördert werden, ebenso der Anbau von Futtergetreide, um die Nachfrage nach Biofleisch befriedigen zu können. Erwartet wird für die folgenden Jahre ein Produktionszuwachs bei Eiern um 10 Prozent und bei Geflügelfleisch um 20 Prozent. Ein weiteres Ziel des zweiten Aktionsplanes ist die Förderung des Exportes dänischer Bioprodukte nach Deutschland und in das Vereinigte Königreich.

Dass sich ökologischer Landbau rechnet, zeigt stolz die vom Bauernverband herausgegebene Statistik: Rund 131 DKK (17,62 €) pro Stunde verdient der Biobauer, der konventionelle dagegen nur 28 DKK (3,77 €). Allerdings erhält der Biobetrieb 1.000 DKK (134,52 €) mehr an Subventionen als der konventionelle.<sup>15</sup>

## Umwelt *und* intensive Produktion<sup>16</sup>

Die Ausdehnung, Intensivierung und Spezialisierung der dänischen Veredelungsproduktion führten zu Umweltproblemen, die, wie überall in Europa, erst Anfang der 80er Jahre öffentlich wahrgenommen wurden. Anders als in Deutschland richtete sich in Dänemark die Diskussion nicht auf die Grundwasserqualität, sondern auf die Gefährdung des Oberflächenwassers auf dem Land und im küstennahen Bereich durch Nitrat- und Phosphatüberschüsse aus der Landwirtschaft sowie durch Rückstände von Pflanzenschutzmitteln.<sup>17</sup>

Die dänische Regierung reagierte mit verschiedenen Maßnahmen. Sie verschärfte die Strukturkontrolle über das Landwirtschaftsgesetz und rief zusammen mit dem Landwirtschaft- und dem Umweltministerium mehrere Aktionspläne und entsprechende Gesetzesänderungen ins Leben. Heute sehen sich die Landwirte mit einem sehr engen Regelwerk an Vorschriften konfrontiert, dessen Einhaltung zunehmend stärker kontrolliert wird und dessen Nichtbeachtung mit Sanktionen bestraft wird. Schwerpunkt aller Maßnahmen liegt darin, die Nitrat- und Pestizideinträge in die Umwelt zu senken.

### Das dänische Landwirtschaftsgesetz

Das 1999 novellierte Landwirtschaftsgesetz greift in die Struktur der Betriebe ein:

- (a) über Regelungen zum Bodenverkehr und
- (b) über Harmonisierungsvorschriften zur Bindung der Tierhaltung an die Fläche.
- (c) Zudem führt es verbindliche betriebsbezogene Stickstoffquoten ein.

Ziel des Gesetzes ist es, bäuerliche und durch hohen Eigentumsanteil an der Fläche möglichst unabhängige Betriebe zu erhalten. Zugleich soll die Entwicklung der Betriebe im Einklang mit Erfordernissen der Umwelt (speziell der Nitratpolitik) stehen.

#### (a) Regelungen zum Bodenverkehr:

Der Landkauf ist an den Besitz einer „green card“, d.h. an das Vorweisen einer landwirtschaftlichen Ausbildung gebunden. Dies verhindert u.a. rein steuerrechtlich motivierte Betriebsteilungen bzw. solche, die damit Umweltvorschriften zu umgehen versuchen.

Teilflächen dürfen nur unter bestimmten Auflagen verkauft werden. Sind mehrere Interessenten da, so muss die Teilfläche an den Betrieb gehen, der als strukturell ungünstigster beurteilt wird. Betriebe mit weniger als 70 ha LN haben daher ein Vorkaufsrecht.

Maximal darf ein Betrieb drei Hofstellen bewirtschaften. Die Zusammenführung der Höfe ist genehmigungspflichtig.

#### (b) Harmonisierungsvorschriften zur Bindung der Tierhaltung an die Fläche:

Das Ausbringen von betriebseigenem Dünger ist an die in der Tabelle angegebenen Grenzen gebunden.

Eine Vieheinheit entspricht dabei 100 kg Stickstoff oder umgerechnet dem Dunganfall eines Rindes, von 30 Mastschweinen pro Jahr (nicht Plätze, sondern Produktionsumfang) oder von drei Sauen plus Nachzucht.

Zur Nachweisfläche (harmonisation area) werden diejenigen Flächen, die unter normalen Umständen nicht gedüngt werden können, nicht hinzu gerechnet. Für umgerechnet maximal 35 Hektar können auch langfristige Gülleabnahmeverträge der Nachweisfläche zugerechnet werden.

Auf der Grundlage dieser Tierbesatzgrenzen werden folgende Flächenanforderungen (Area requirement) gestellt:

- Betriebe mit weniger als 120 Vieheinheiten müssen mindestens 25 Prozent

### Flächenbindung der Tierhaltung nach Landwirtschaftsgesetz

Tierart	derzeit gültige Grenzen	ab 1.4. 2002
Rinder:	2,3 Vieheinheiten/ha, wenn mehr als 70 % der Fläche aus Grünland besteht; 2,1 Vieheinheiten/ha, wenn Grünlandanteil an LF weniger als 70 %	2,1 Vieheinheiten/ha  1,7 Vieheinheiten/ha
Schweine, Geflügel:	1,7 Vieheinheiten/ha	1,4 Vieheinheiten/ha

Die **Nitratpolitik**: Bereits 1985 hat Dänemark den sogenannten *NPO-Plan* verabschiedet, der zum Ziel hatte, die Nährstoffauswaschung zu begrenzen. Ein Fischsterben im Kattegat 1986 verschärfte die politische Diskussion und führte schließlich zur Verabschiedung des *ersten Wasser-Aktionsplanes 1987*. Dieser schrieb erstmals verbindliche Ziele fest, u.a. die Reduktion des Nitratreintrages um 50 Prozent und die Reduktion von Phosphatüberschüssen um 80 Prozent.

1991 wurde Dänemark mit seiner gesamten Fläche zum Nitrat-sensiblen Gebiet gemäß der seit 1991 gültigen EU-Nitratrichtlinie eingestuft.

In den 90er Jahren wurden die Grenzen innerhalb

derer Vieh gehalten und Stickstoff-Dünger ausgebracht werden durfte, immer enger gezogen: 1994 führte das *novellierte Landwirtschaftsgesetz* verbindliche Obergrenzen der Tierhaltung, deren Flächenbindung, eine obligatorische Führung von Anbau- und Düngeplänen sowie weitere Bewirtschaftungsauflagen zur Begrenzung des Stickstoff-Eintrages (Begrünung von mindestens 65 Prozent der Fläche) ein. 1999 wurde das Gesetz verschärft (siehe Kasten).

Dänemark hatte sich damit für das Instrument der Stickstoff-Hoftorbilanz statt einer Stickstoff-Steuer entschieden. Die maximal ausbringbare Menge an Stickstoff (N) pro Hektar wird über die Anbau- und

*ihrer Nachweisfläche im Eigentum besitzen.*

- *Betriebe, die zwischen 121 und 250 Vieheinheiten haben, müssen einen Eigentumsanteil von 60 Prozent für diejenige Nachweisfläche vorweisen, die über den Flächenanforderungen für 120 Vieheinheiten liegt.*

*Die Grenze von 250 Vieheinheiten wird in der Praxis als Betriebsobergrenze verstanden. Sie entspricht rund 170 Hektar, einem Viehbesatz von 1,4 GV/ha bzw einem Jahresproduktionsumfang von 250 Kühen oder 7500 Mastschweinen.*

- *Betriebe, die zwischen 251 und 500 Vieheinheiten halten, müssen die Flächenanforderungen der Betriebe bis 250 Vieheinheiten erfüllen und für die darüberhinausgehende Nachweisfläche einen Eigentumsanteil von 100 Prozent vorweisen.*
- *Betriebe mit mehr als 500 Vieheinheiten müssen den Viehbestand teilen*
- *Betriebe mit mehr als 750 Vieheinheiten sind verboten, es sei denn die gesamte dazu erforderliche Nachweisfläche ist im Eigentum.*

*Neu gegründete Betriebe müssen diese Grenzen sofort einhalten, bereits bestehende Betriebe, die mehr als 250 Vieheinheiten haben, wird eine dreijährige Übergangsfrist eingeräumt, um die Eigentumsflächen zu erwerben.*

*(c) Vorschriften zur Nitratreduktion*

*Sie betreffen alle Betriebe mit mehr als 10*

*Hektar LN und diejenigen Betriebe kleiner 10 ha LN, deren Dunganfall über der zulässigen Grenze liegt.*

- *Alle Betriebe müssen wenigstens 65 Prozent ihrer Acker- und Stilllegungsflächen im Herbst mit einer Pflanzendecke begrünen.*
- *Mindestens 6 Prozent der Anbaufläche muss mit echten Zwischenfrüchten bebaut sein.*
- *Alle Betriebe müssen jährlich einen Anbau- und einen Düngeplan erstellen.*
- *Die maximale Ausbringungsmenge an Stickstoff und Phosphat wird an den entsprechenden Entzug der Anbaufrüchte eines jeden Feldes angepasst.*
- *Die Entzugsnormen werden vom Direktorat entsprechend der zu erwartenden Ertragshöhe, des Vorfruchtwertes, des Bodentyps und der Bewässerungsmethoden festgelegt.*
- *Es müssen Mindestausnutzungsgrade des Stickstoffs der Gülle (Schweinegülle 55 %, ab 1.8.2001: 60 %; Rindergülle 50 bzw. 55 %) erreicht werden.*
- *Auf dieser Grundlage muss jeder Betrieb seine individuelle Düngerbilanz erstellen und diese vom Direktorat genehmigen lassen.*
- *Das Überschreiten der N-Quote wird mit einer Abgabe in Höhe von 20 DKK (2,69 €) pro Kilogramm zuviel ausgebrachten Stickstoff belegt.*

Düngepläne geregelt. Da die Düngung nur in Höhe der festgesetzten N-Entzugsmengen der einzelnen Früchte erfolgen darf, führt dies de facto zu einer N-Quotierung pro Betrieb. Außerdem unterliegt der Handel mit Mineralstickstoff-Dünger einer Meldepflicht. Um eine weitere Stickstoff-Reduktion zu erreichen, wurden 1999 die N-Entzugsnormen für Ackerfrüchte um 10 Prozent reduziert.

Kontrollen hatten ergeben, dass rund ein Fünftel der Landwirte mehr als die erlaubte Stickstoffmenge ausbrachten. Mit dem Zweiten Wasser-Aktionsplan von 1998 wurde deshalb die Überdüngung unter Strafe gestellt. Seither wird jedes zuviel ausgebrachte Kilogramm Stickstoff mit einer Strafe von 20 DDK (2,69 €) belegt. Als neue Reduktionsziele des 5-Jahresplanes werden 50 Prozent bei Nitrat und 80 Prozent bei Phosphat vorgegeben.

Damit die dänische Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie Anerkennung findet, wurden 1999 die nach dem Landwirtschaftsgesetz zulässigen Vieheinheiten pro Hektar nochmals gesenkt. Da das dänische Landwirtschaftsgesetz in der Rinderhaltung immer noch eine Viehgrenze von 2,3 VE/ha (bei Milchvieh) akzeptiert, wurde die dänische Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie von der EU-Kommission nur vorläufig akzeptiert. Eine weitere Abstufung ist daher für 2003 vorgesehen (siehe genauer nachfolgendes Kapitel zu den „cross compliance“).

Das vom Umweltministerium entworfene Umweltschutzgesetz begrenzt außerdem den Stallneubau in der Nähe von städtischen und touristischen

Siedlungen, schreibt den Betrieben ausreichende Gülle-/Dunglagerstätten vor und unterwirft alle Betriebe mit mehr als 250 Vieheinheiten einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

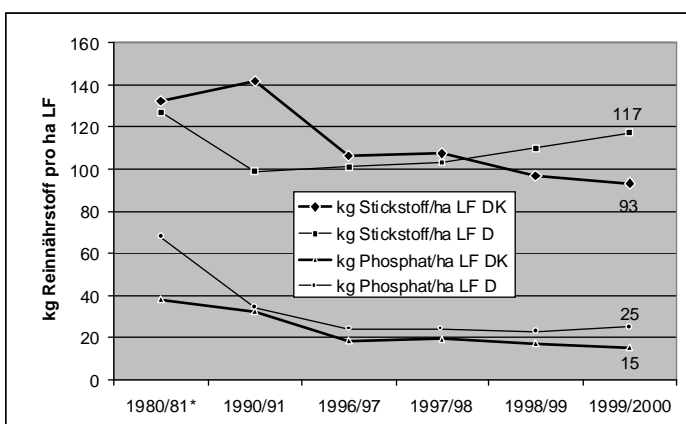
Nach Angaben des Dänischen Bauernverbandes hat sich bis 2001 der Mineralstickstoffdünger-Einsatz um 39 Prozent und der Gesamt-Stickstoffeinsatz um 23 Prozent vermindert. Derzeit läge der Stickstoff-Eintrag rund 14 Prozent unter dem betriebswirtschaftlichen Optimum. Die Landwirte hätten aber gelernt, den ihnen zur Verfügung stehenden Stickstoff besser auszunutzen. Berechnungen des Agrarministeriums zufolge lag 1987 die Ausnutzung des in organischem Dünger gebundenen Stickstoffs bei 10 Prozent, 1994 bereits bei 31 Prozent. Durch die Vorschrift der „Begrünung“ („green cover“) des Ackerlandes, der Frühjahrsfurche und des Verbotes der Gülleausbringung in den Wintermonaten habe sich, so der Bauernverband, die Ausnutzung des in der Gülle gebundenen Stickstoffs von 18 auf 60 Prozent erhöht.

Die **Pestizid-Politik** begann ebenfalls Mitte der 80er Jahre mit einem Pestizid-Plan zur Verminderung der eingesetzten Mengen an Pflanzenschutzmitteln. Er schrieb Reduktionsziele von einem Viertel der Mengen bis 1990 und der Hälfte der Mengen bis 1997 fest. Seit 1994 müssen alle Landwirte einen Sachkundenachweis für die Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln erbringen, ihre Geräte einem TÜV unterziehen und ein Spritzbuch führen, in das Mengen, Art, Zeitpunkt und Fläche der Ausbringung einzutragen sind und das Grundlage der Kontrollen ist. 1995 wurde eine Pestizid-Steuer eingeführt. Je nach Kategorie, in die das Pflanzenschutzmittel eingestuft wird, liegt der Steuersatz zwischen 3 Prozent (Herbizide), 13 Prozent (Fungizide) und 27 Prozent (Insektizide). 1998 wurde die Pestizid-Steuer verdoppelt.

Diese Politik war recht erfolgreich, denn die Menge ausgebrachter Pestizide konnte von 1981/85 bis 1997 um 50 Prozent verringert und die Anwendungshäufigkeit von 2,7 auf 1,3 gesenkt werden. Der Pestizid-Plan von 2000 will den Pestizid-Einsatz um weitere 30 bis 40 Prozent verringern. Die Teilnahme ist zunächst freiwillig. Sollte dies nicht von Erfolg gekrönt sein, soll abermalig die Pestizid-Steuer erhöht werden.

Neben dieser vom Ordnungsrecht geprägten Politik nutzt Dänemark selbstverständlich auch die in den ehemals flankierenden Maßnahmen Agrarumwelt und Aufforstung sowie in den neuen **Agrarumweltmaßnahmen** verankerten Fördermöglichkeiten zur freiwilligen Reduktion der Stickstoff- und Pestizideinträge (siehe Kapitel 4).

#### Handelsdüngerverbrauch in der Landwirtschaft - Entwicklung in Dänemark und Deutschland im Vergleich



\* 1980/81 in Deutschland: früheres Bundesgebiet

Quelle: BMVEL (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2001, S. 432

### 3 Die erste Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik

Dänemark wendet, wenn auch zunächst für eine zweijährige Versuchsperiode (2000 - 2002/3), die in der Horizontalen Verordnung (VO (EG) 1259/1999) verankerte Möglichkeit an, die allgemeinen Direktzahlungen an die Einhaltung von Umweltvorschriften zu binden („cross compliance“).

Die Auszahlung der Hektarbeihilfen und der Bullenprämien werden an die Einhaltung folgender, bereits bestehender Umweltvorschriften gebunden:

#### Direktbeihilfen für Ackerfrüchte

- Einhaltung eines bewirtschaftungsfreien zwei Meter breiten Randstreifens entlang von Gewässern.  
Kontrolle durch die kommunale Wasserbehörde. Meldung an das Direktoratet for Fodevare Erhverv (Direktorat für Nahrung, Fischerei und Ernährungswirtschaft), einer dem Ministerium untergeordneten Behörde, die u.a. für die Auszahlung der EU-Direkthilfen verantwortlich ist.  
2000/2001 wurden die Hektarbeihilfen aufgrund von Nichteinhaltung des 2-Meter-Streifens in 241 Fällen und um durchschnittlich 2.280 DDK (307 €) reduziert.
- Vorlage eines Anbauplanes (im Landwirtschaftsgesetz verankert).
- Einhaltung des Landwirtschaftsgesetzes.  
Das von den Landkreisen verwaltete Landwirtschaftsgesetz sieht u.a. vor, dass ein Betrieb maximal drei Hofstellen bewirtschaften darf (siehe Seite 10-11). Überschreitet der Landzu-kauf den erlaubten Umfang, so erhält der Betrieb für die zuviel gekauften Flächen keine Hektarbeihilfen.  
2000/2001 wurde aufgrund der Nichteinhaltung dieser Vorschrift in 30 Fällen die Hektarbeihilfe reduziert.
- Abzüge in Mindesthöhe der Beihilfe für einen Hektar Getreide oder umgerechnet von mindestens 2.280 DDK (307 €). Obergrenze der Abzüge liegt maximal 30.000 DDK (4.035 €).

Die Bindung der Direktzahlungen an die Einhaltung bereits bestehender Umweltvorschriften wird als ein Instrument gesehen, deren Durchsetzung zu verbessern. Gerechnet wird mit Abzügen in

Höhe von 500.000 DDK (67.258 €). Als ein Instrument, um Mittel für die ländliche Entwicklung freizusetzen oder gar eine bestimmte Umverteilung der Mittel zu organisieren, wird sie dementsprechend nicht betrachtet.

Die „cross compliance“ wird im Jahr 2002 einer Evaluierung unterzogen. Dann wird neu über die weitere Anwendung und Handhabung entschieden.

Rechtlich ungeklärt ist die offenkundig praktizierte doppelte Bestrafung der Landwirte bei Nichtbeachtung bestimmter Umweltvorschriften. So müssen die Landwirte bei Überschreitung der Stickstoff-Quote einmal die ohnehin gesetzlich bereits verankerte Abgabe zahlen und zusätzlich die Abzüge bei der Direktbeihilfe hinnehmen. Noch habe keiner geklagt, berichtete einer der Gesprächspartner, aber der Ausgang wäre ungewiss, sollte es so weit kommen.

#### Rinderprämien

- Einhaltung der hofeigenen Stickstoff-Quote und Vorlage des dazu notwendigen Anbauplanes (bis zum 1.12. eines Jahres) und des Düngeplanes (bis zum 31. 3. des Folgejahres).  
Kontrolle durch das Direktorat (Stichprobenkontrolle).  
Abzüge in prozentualer Höhe der Überschreitung der Stickstoff-Quote.  
Abzüge von der Rinderprämie werden erstmalig für 2001 erwartet, daher liegen hierzu noch keine Erfahrungswerte vor.

Nach Ablauf der zweijährigen Versuchsperiode, so die Überlegung des Ministeriums, sollen auch die Hektarbeihilfen an die Einhaltung der betrieblichen Stickstoff-Quote gebunden werden.

#### Grünlandprämie

Der **nationale Plafond für eine zusätzliche Rinderprämie** wurde in Dänemark aufgeteilt in eine Schlachtpremie und in eine Grünlandprämie. Letztere ist nicht sehr umfangreich, soll aber ein Signal setzen.

## 4 Die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik

Verglichen mit der Umweltpolitik haben Fragen der ländlichen Entwicklung in Dänemark eine untergeordnete Bedeutung. Wirklich „ländliche“ Räume im Sinne marginaler Räume oder benachteiligter Gebiete gebe es in Dänemark nicht, so unisono die Gesprächspartner. Um mit den anderen EU-Staaten gleichzuziehen, habe man sich von der EU seit neuestem rund 30 Inseln, die keine Brückenverbindung zum Festland haben, als benachteiligte Gebiete anerkennen lassen. Es gebe weder Berge noch wirtschaftlich wirklich rückständige Gebiete, die Standorte seien relativ einheitlich. Zwar gebe es einige Landstriche mit einer gewissen Tendenz zu Landflucht und einem entsprechenden Rückgang der Infrastrukturleistungen - da aber die Erreichbarkeit der nächsten Stadt immer gegeben sei, sei dies kein wirkliches Problem.

Die Verordnung für den ländlichen Raum (VO (EG) 1257/1999) wurde im Nationalen Plan für ländliche Entwicklung daher mit folgenden *Schwerpunkten* umgesetzt:

- Voraussetzung für die Teilnahme an einer der 22 im nationalen Plan aufgelisteten Fördermaßnahmen ist die *Einhaltung von Mindeststandards* und die Beachtung der Vorgaben der „Guten fachlichen Praxis“.

### *Mindeststandards:*

- Beachtung der Rechtsvorschriften im Umweltbereich, im Hygienebereich und in der Tierhaltung.

### *Gute fachliche Praxis:*

Hier wurden aus sieben verschiedene Rechtsvorschriften die besonders wichtigen Regelungen entnommen und zusammengefasst:

- Einhaltung des bearbeitungsfreien 2-Meter-Uferrandstreifens;
- Einhaltung der betrieblichen N-Quote;
- Einhaltung der Vieheinheitengrenzen gemäß Landwirtschaftsgesetz (s. S. 10-12);
- Beachtung der Düngerlagerstätten-Verordnung;
- Begrünung von 65 Prozent der Ackerflächen während der Wintermonate;
- Führung eines Spritzbuches und Einhaltung des Geräte-TÜVs;
- Einhaltung der Vorschriften der Klärschlamm-Verordnung.

Die Bindung der Fördermaßnahmen an die Einhaltung der guten fachlichen Praxis hat zu einem Konflikt mit der EU geführt. Diese wollte eine solche Bindung nur für die Agrar-Umweltmaßnahmen gelten lassen. Dänemark rechtfertigt hingegen die Bindung an alle Maßnahmen mit der Einstufung des gesamten Landes als „nitrat-sensibel“.

- *Investitionsförderung* wird nur dann gewährt, wenn die Maßnahme auch der Verbesserung der Tierhaltungsbedingungen im Sinne des Tierschutzes (wie u.a. Freilandhaltung von Säuen) dient. Einzelbetriebliche Investitionsförderung hat in Dänemark darüberhinaus wenig Tradition und folglich untergeordnete Bedeutung.
- Der *Jundlandwirte-Förderung* kommt hingegen eine große Bedeutung zu, da in Dänemark aufgrund des besonderen Erbrechtes die Hofnachfolger den elterlichen Betrieb kaufen müssen (6 Prozent des Gesamtetats - nationale plus EU-Finanzierung).
- Auf *Weiterbildung* wird in Dänemark traditionell großer Wert gelegt. Der dafür bereit gestellte Topf umfasst soviel Mittel wie der für die Investitionsförderung oder umgerechnet 4,4 Prozent des Gesamtetats.
- An erster Stelle der Mittelverteilung stehen die **Agrar-Umweltmaßnahmen** mit einem Anteil von 32 Prozent des Gesamtetats.

Darunter werden zwei Maßnahmenpakete verstanden:

### *(1) Allgemeine Agrar-Umweltmaßnahmen:*

Diese Maßnahmen dienen vorrangig der Nitratreduktion und werden nur in „besonders sensiblen Gebieten“ (Special Sensitive Areas - SSA) angewandt. Dazu zählen Gebiete, die zu Feuchtgebieten oder Feuchtwiesen (ca. 100.000 ha) umgewandelt werden sollen, Trinkwasserschutzgebiete (ca. 170.000 ha), Nitrat-sensible Gebiete (225.000 ha), Flächen für die 20-jährige Stilllegung und für Aufforstung (225.000 ha) sowie Uferrandgebiete (ca. 50.000 ha).

Angeboten werden Maßnahmen zur Verminderung des Stickstoff-Einsatzes, zum Verzicht auf Pestizid-Einsatz sowie diverse Grünlandförderungen, Förderung von Feuchtwiesen und die 20-jährige Flächenstilllegung.

*(2) Förderung des Ökologischen Landbaus*

In die Förderung des ökologischen Landbaus fließen rund zwei Drittel der Mittel für Agrarumweltmaßnahmen.

*Neue Agrar-Umweltmaßnahmen*

Ab 2001 sollen neben der Förderung des ökologischen Landbaus drei weitere Agrar-Umweltmaßnahmen in ganz Dänemark angeboten werden:

*(1) „Grüne Bilanz“*

Der Landwirt macht eine Ökobilanz für den gesamten Betrieb und legt Reduktionsziele für umweltschädigende Effekte (wie Energieeinsatz, N-Einsatz etc.) fest.

*(2) Nitrat-Verträge*

Der Stickstoffeintrag des gesamten Betriebes wird reduziert.

*(3) Demonstrationsprojekte*

Hier sind individuelle Umstellungsprojekte förderbar.

- Aufforstung / Forstwirtschaft*

Als Umweltschutzmaßnahme wird auch die *Aufforstung* betrachtet, weshalb knapp 10 Prozent des Gesamtetats vor allem in die private Aufforstung fließen.

- Integrierte Entwicklung (Artikel 33)*

Als neuer Ansatz und erster Versuch einer integrierten ländlichen Entwicklung werden die in Artikel 33 der EU-Verordnung 1257/1999 aufgenommenen Maßnahmen zur Anpassung ländlicher Räume und zur Diversifizierung der Tätigkeiten im ländlichen Raum aufgefasst. Es werden darunter Maßnahmen zur Vermarktung von Qualitätserzeugnissen ebenso gefördert werden können wie Maßnahmen, die das Dienstleistungsangebot im ländlichen Raum verbessern oder dem Kultur- und Denkmalschutz dienen sowie neue Arbeitsplätze im Zusammenhang mit landwirtschaftlicher Tätigkeit entwickeln können. Allerdings steht auch hier der Umweltschutzgedanke wieder einmal an erster Stelle. So ist das Maßnahmenbündel zur Verbesserung des Erosionsschutzes dreimal besser ausgestattet als dasjenige, welches die Vermarktung von Qualitätserzeugnissen fördern soll. Insgesamt wurde den Maßnahmen von Artikel 33 rund 10 Prozent des Gesamtetats zugesprochen.

**Gesamtübersicht über die Maßnahmen der ländlichen Entwicklung in Dänemark für 2000 bis 2006**

<i>Maßnahme</i>	<i>Mittelausstattung: national plus EU-Ko- finanzierung in Mio. €</i>	<i>Anteil am Gesamtetat für den Plan zur länd- lichen Entwicklung</i>	<i>davon EU-Betrag (EAGFL-G)</i>	<i>Anteil des EU-Betrags</i>
<i>Investitions-Förderung</i>	45,6	4,8 %	11,4	25 %
<i>Junglandwirte-Förderung</i>	52,6	5,8 %	26,3	50 %
<i>Weiterbildung</i>	46,4	4,9 %	11,6	25 %
<i>Vorruhestand</i>	10,0	1,1 %	5,0	50 %
<i>Benachteiligte Gebiete</i>	10,8	1,1 %	2,7	46 %
<i>Agrarumweltmaßnahmen</i>	304,3	32,2 %	139,8	46 %
<i>Forstwirtschaft</i>	90,0	9,5 %	37,1	41 %
<i>Artikel 33 (Ländl. Entw.)</i>	101,4	10,7 %	26,2	26 %
<i>Verbesserung der Verarbeitung u. Vermarktung</i>	36,8	3,9 %	18,4	50 %
<i>Maßnahmen aus alter Förderperiode u. techn. Hilfe</i>	246,6	26,1 %	70,3	29 %
<i>Insgesamt</i>	944,5	100,0 %	348,8	37 %

Quelle: *Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum in Dänemark - 2000-2006*  
[http://europa.eu.int/comm/agriculture/rur/countries/da/hori/fiche\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/agriculture/rur/countries/da/hori/fiche_de.pdf)

## 5 Politische Einschätzungen und Positionen für die kommende Reform (lt. Gesprächspartner)

Alle Gesprächspartner schienen sich in einer Frage einig zu sein: Intensive, weltmarktorientierte Erzeugung kann auch unter Berücksichtigung der Belange von Umwelt- und Tierschutz erfolgen. Wie alle Unternehmer, so klagen die dänischen Bauern - zumindest nach Aussage des Bauernverbandes - daher zunächst einmal über die Last der Steuern und Abgaben (Grundsteuer, Energiesteuer, Pesticid-Steuer etc.). Die Auflagen im Bereich des Umwelt- und Tierschutzes hingegen seien nicht das Problem. Sie könnten, so Bauernverbandspräsident Gaemelke, mit einer weltmarktorientierten Produktion durchaus Hand in Hand gehen. Im Gegenteil: Die Integration dieser Belange in die Produktion ermögliche sogar Wettbewerbsvorteile.

In diesem Zusammenhang stehen auch weitergehende Gesetze zum Tierschutz wie u.a. das Verbot von Vollspaltenböden in der Schweinehaltung seit Juli 2001. Seitens des Bauernverbandes wird lediglich mehr Differenzierung und langfristige Planungssicherheit gewünscht. So sollten Zonierungen unterschiedlicher „Nitratsensibilität“ und daher unterschiedlicher Regulierungstiefen geschaffen werden.

Eine „multifunktionale Rolle“ der Landwirtschaft wird nur für die Nebenerwerbslandwirte gesehen. Diese könnten auch für zusätzliche Kulturleistungen bezahlt werden. Die unter Artikel 33 (s. S. 15) genannten Möglichkeiten hingegen werden vom Bauernverband als eine Chance zur Diversifizierung der Aktivitäten im ländlichen Raum gesehen. Ein zartes Pflänzchen zwar, aber immerhin etwas neues, zumal sich die Landkreise und andere lokale Autoritäten der Frage der ländlichen Entwicklung annehmen können.

Zur Zukunft der Direktzahlungen fordern beide Bauernverbände übereinstimmend für die nächste Reform eine allgemeine Degression der Zahlungen und eine Überführung von Finanzmitteln zur Stärkung der zweiten Säule. Die Cross compliance sollte aber zunächst noch ausgebaut und weiterentwickelt werden, damit die Direktzahlungen in den WTO-Verhandlungen „greenbox-fähig“ würden. Dies würde zugleich auch der Finanzierung und Machbarkeit der EU-Osterweiterung zugute kommen.

Bauernverbandspräsident Gaemelke fordert eine Abschaffung der Rinderprämie bzw. eine Entkoppelung der Stützungsmaßnahmen von der Produktion. In dem Zusammenhang sei eine

Grünlandprämie auch vorstellbar. Der Rindfleischmarkt müsse vom Milchmarkt entkoppelt werden. Grundprämien auf der Basis des Produktionsumfanges an einem bestimmten Zeitpunkt könnten das derzeitige System ersetzen.

Allgemein bedauert wurde der Aufschub der Milchmarktreform. Aufgrund der Quoten und hohen Preise entstünden Probleme beim Export an Drittländer. Gefordert wird auch hier von beiden Bauernverbänden die Abschaffung der Milchquote, die Senkung der Preise und deren Ausgleich über Kuhprämien. Der Kleinbauernverband fordert zusätzlich eine Grundprämie für die ersten 30 Kühe. Eine Bindung der Kuhprämie an Grünland mache in Dänemark aufgrund des geringen Grünlandanteils an der Nutzfläche wenig Sinn. Ohnehin seien die dänischen Milchviehbetriebe diejenigen mit der höchsten Viehdichte (siehe Ausnahmeregelung bei Vieheinheiten pro Hektar) und müssten, damit sie unter den zum Erhalt der Rinderprämie geforderten 2,0 GV/ha Hauptfutterfläche bleiben können, die Kälber zur Mast nach Holland verkaufen. Eine extensive, auf Grünland bezogene Bullenmast gibt es in Dänemark so gut wie gar nicht.

Der Kleinbauernverband fordert zusätzlich Obergrenzen (Modulation) für die Direktbeihilfen. Außerdem beklagt er, dass die Politik stets die intensiven Betriebe fördere. Der Familienbetrieb sei nicht so stark verschuldet wie jene Betriebe, die stark in ihre Modernisierung und Produktionsausweitung investiert hätten. Daher könnten sie niedrige Preise im Rahmen der Preisschwankungen auf dem Weltmarkt besser abfedern als die modernisierten Betriebe. Benachteiligt würden die kleineren Betriebe durch die zur Einhaltung der hohen Umweltauflagen notwendigen Investitionen (wie Güllelagerstätten, Schleppschlauchverteiler, allein das Aufstellen der Düng- und Fruchtfolgepläne durch Beratungsbüros koste 2.000 DKK (270 €)).

Die Abschaffung der Exportsubventionen der EU ist eine weitere Forderung beider Bauernverbände. Allerdings könne auf den Export von Agrarzeugnissen nicht verzichtet werden. Die EU würde dann aufgrund ihres hohen Futtermittel-Importes zum Nettoimporteur und riskiere damit, ihre Anteile an den Internationalen Märkten zu verlieren. Das hätte aufgrund der hohen Abhängigkeit der Landwirtschaft von den Exporterlösen auch soziale Folgen, so der Bauernverbandspräsident. Diese Position teile Dänemark mit den anderen exportorien-

tierten Ländern wie Niederlande, Frankreich und Irland. Dennoch sei der Protest gegen die Globalisierung während der WTO-Verhandlungen in Seattle richtig gewesen. Man wolle schließlich weiterhin Familienbetriebe und keine Industriebetriebe in der Landwirtschaft. Hier sei auch der Staat gefor-

dert, die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Die ländliche Entwicklungsförderung solle von der Agrarproduktionsförderung vollständig entkoppelt werden, damit soziale Gesichtspunkte zum Tragen kommen dürfen. Vorstellbar sind Grundprämien für den Erhalt der Kulturlandschaft etc.

## 6 Zusammenfassung

Die Umsetzung der Beschlüsse der Agenda 2000 führt auch in Dänemark zu keiner Neuausrichtung der Agrarpolitik. Sie bleibt geprägt von ihrer traditionell marktliberalen Grundhaltung. Allerdings wird von der in der Horizontalen Verordnung verankerten Möglichkeit stark Gebrauch gemacht, die Ausgleichszahlungen an Umweltauflagen zu binden. Damit wird der seit Jahren verfolgten dänischen Umweltpolitik im Agrarbereich noch mehr Nachdruck verliehen. Die Bindung der Direktzahlungen erfolgt daher an bestehende Umweltvorschriften.

Auch die Ausrichtung der Zweiten Säule steht weitgehend unter den umweltpolitischen Zielen der dänischer Agrarpolitik. Aufforstungsmaßnahmen, Wasserschutz und die Verminderung des Eintrages von Stickstoff sowie Schadstoffen in die Gewässer genießen vorrangige Förderung. Der Förderung des ökologischen Landbaus kommt sowohl aus umweltpolitischen als auch aus marktpolitischen Gründen (Export) heraus eine große Bedeutung zu und nimmt einen großen Teil der Haushaltsmittel im Bereich der 2. Säule der Agrarpolitik in Anspruch. Darüberhinaus werden die Investitionsbeihilfen zur Umorientierung auf artgerechtere Haltungssysteme benutzt. Als zarte Neuorientierung einer Politik des ländlichen Raumes, welche auch auf den zunehmenden Anteil an Nebener-

werbslandwirte Bezug nimmt, ist die Beachtung der Maßnahmen unter Artikel 33 (Integrierte ländliche Entwicklung) zu werten. Da bei der Umsetzung dieser Maßnahmen die unteren Verwaltungsebenen aktiv werden können und sollen, könnte hierüber eine gewisse Differenzierung der ansonsten in der Fläche sehr homogen agierenden Politik erreicht werden.

Landwirtschaft hat in der öffentlichen Meinung und in der Politik Dänemarks eine andere Funktion als in Deutschland. Landwirtschaft ist ein Wirtschaftszweig, der neben Arbeitsplätzen auch und vor allem Nettodevisen bringt. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft ist daher in Dänemark von großer Bedeutung. Die Bindung der landwirtschaftlichen Produktion an enge Umweltvorschriften und an Vorschriften über artgerechtere Tierhaltung werden in Dänemark als Teil ihrer Qualitätsstrategie zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ihrer Agrarerzeugnisse verstanden und auch vom größeren Bauernverband unterstützt. Die hohe Bereitschaft aller Beteiligten zum Konsens und zum gemeinsamen Vorgehen ist die entscheidende Voraussetzung zur Umsetzung dieses Zieles.

## Anmerkungen

- a Die nachfolgenden Ausführungen beruhen, neben den in den Fußnoten zitierten schriftlichen Quellen, auf qualitativen Interviews, welche vom 8. bis 12. März 2001 mit folgenden Personen geführt wurden:

*Peter Anthonisen*: Spezialberater im Dänischen Landwirtschaftsministerium

*Peter Gaemelke*: Präsident des Dänischen Bauernverbandes (De danske Landboforeninger) und des Dänischen Agrarrates (Landbrugsraadet)

*Anton und Christine Jensen*: Milchbauern in Vejien/Jütland

*Lidde Bagge Jensen*: Dänischer Bauernverband, Abteilung Umwelt, Recht und Planung

*Kjeld Kragelund*: Dänischer Kleinbauernverband (Dansk Familielandbrug)

*Jens Hauge Pedersen*: Verwaltungsdirektor im Dänischen Landwirtschaftsministerium, Direktorat für Ernährung, Fischerei und Ernährungswirtschaft

*Flemming Soerensen*: Dänischer Kleinbauernverband (Dansk Familielandbrug).

- 1 Alle Daten, soweit nicht anders vermerkt aus: Agriculture in Denmark 2000 (2000). De danske Landboforeninger (Hrsg.), Kopenhagen.
- 2 Trede, K.J. (1983): Agrarpolitik und Agrarsektor in Dänemark. Agrarpolitische Länderberichte: EG-Staaten, Bd. 4, Priebe (Hrsg.), Kiel.
- 3 Sie beschäftigt in Fyn 14,5 Prozent der berufstätigen Bevölkerung (vorrangig im Gartenbau), in Ringkøbing und Åhus 10,4 Prozent und in Nordjütland 13,4 Prozent.
- 4 Trede, o.a.O., S. 40f, Dänisches Außenministerium (2001): Dänemark - Produktion und Kommunikation - Landwirtschaft. In: www.um.dk.
- 5 Folgende Ausführungen basieren wesentlich auf: Trede, K.J. (1983): Agrarpolitik und Agrarsektor in Dänemark. Agrarpolitische Länderberichte: EG-Staaten, Bd. 4, Priebe (Hrsg.), Kiel.
- 6 Trede, a.a. O, S. 71.
- 7 Windhorst, H.-W. (1992): Die sektorale und regionale Struktur der Schweinehaltung in Dänemark zu Beginn der neunziger Jahre. ISPA (Hrsg.), Vechta.
- 8 Königliche Dänische Botschaft (2001): Dänemarks Umweltpolitik. www.daenemark.org.
- 9 Trede, a.a.O., S. 52.
- 10 Mortensen, B. (2000): Schlachtschweine wie gewünscht. Dänische Schweineproduzenten setzen neue Standards in der Tierhaltung. Fleischwirtschaft 3, S. 14-16.
- 11 Mortensen, B. (2000): Schlachtschweine wie gewünscht. Dänische Schweineproduzenten setzen neue Standards in der Tierhaltung. Fleischwirtschaft 3, S. 14-16.
- 12 Mortensen, B. (2000): Schlachtschweine wie gewünscht. Dänische Schweineproduzenten setzen neue Standards in der Tierhaltung. Fleischwirtschaft 3, S. 14-16.
- 13 Danish Directorate for Development (2001): Action plan II. Developments in organic farming. www.dffe.dk vom 20.2. 2001.
- 14 SOEL (2001): www.soel.de.
- 15 De Dankse Landboforeninger (2000): Agriculture in Denmark 2000, Kopenhagen.
- 16 Folgende Angaben basieren zusätzlich auf folgenden Quellen:  
Ministry of Agriculture and Fisheries (1998): Agriculture and Environment, Kopenhagen.  
Danish Agricultural Advisory Centre (1999): Environment'99. Rules applying of Danish Agriculture, 5. Auflage.  
Skejby; Flemming, J. et al. (2000): Making Agriculture Sustainable: Farmers' Networking and Institutional Strategies in Denmark. European National Report with Case Studies, Conclusions and Recommendations of Research Projects DG XII, MAS.
- 17 Ausgelöst wurde diese Diskussion durch ein Fischsterben im Kattegat 1986 aufgrund von Sauerstoffmangel. Siehe Schulze, U. (1995): Analyse der Wettbewerbsfähigkeit der Schweineproduktion in Niedersachsen, den Niederlanden und Dänemark und Vorschläge zu ihrer Verbesserung. Schriftenreihe der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie, Heft Nr. 303. BMELF (Hrsg.), Bonn, S. 63ff.
- 18 Es handelt sich um folgende Gesetze: Gesetz über die Haltung von trächtigen Sauen und Erstlingssauen in Innenräumen; Gesetz über die Haltung von Ferkeln, Zucht- und Mastschweinen in Innenräumen; Gesetz über die Haltung von Schweinen im Freien. Siehe: www.danskeslagterier.dk/.

## **Anhang**

### **Folien-Vorlagen**

- 1) Agrarstrukturen und Produktion**
- 2) Landwirtschaftsgesetz (1)**
- 3) Landwirtschaftsgesetz (2)**
- 4) Umsetzung der Horizontalen Verordnung (1)**
- 5) Umsetzung der Horizontalen Verordnung (2)**
- 6) Gute fachliche Praxis**
- 7) Umweltvorschriften**
- 8) Umweltvorschriften: Stickstoff-Kontrolle und Reduktion**
- 9) Umsetzung der 2. Säule (1)**
- 10) Umsetzung der 2. Säule (2)**
- 11) Agrarumwelt-Maßnahmen**

# Dänemark

## Agrarstruktur und Produktion

### Landwirtschaft ist Arbeitgeberin im ländlichen Raum

- 4,3 Mio. ha Land, davon 62 % LN (= 2,1 % der EU-LN)
- 55.800 Betriebe davon 21.000 im Haupterwerb
- hoher Eigentumsanteil an Boden und hohe Verschuldung pro Betrieb
- hohe Spezialisierung auf Veredlung und Intensivierung
- 1999: 751 Schweine pro Betrieb (Deutschland: 131)  
84 % der Schweine in Beständen von > 1.000 Tieren

### Landwirtschaft ist Nettodevisenbringerin

- 15 % des dänischen Gesamtexportwertes
- Zwei Drittel der Agrarerzeugung gehen in den Export:
  - 33 % davon ist Schweinefleisch,
  - 21 % Butter und Käse.

# Dänemark

## Landwirtschaftsgesetz (1)

von 1967, zuletzt verschärft 1999.

Ziel: Erhalt bäuerlicher und unabhängiger Betriebe

### (1) Regelung des Bodenverkehrs

- Landkauf an Nachweis einer „Green card“ d.h. an landwirtschaftliche Ausbildung gebunden
- Teilflächenverkauf nur als Ausnahme. Betriebe mit weniger als 70 ha haben Vorkaufsrechte
- Maximal drei Betriebe als Eigentum, Zusammenführung genehmigungspflichtig

### (2) Harmonisierungsvorschriften

- Ausbringung von Dünger ist an folgende Grenzen gebunden:  
Rinder: 2,3 Vieheinheiten/ha bei > 70 % Grünland (ab 2002: 2,1 VE/ha)  
2,1 /ha bei < 70 % Grünland (ab 2002: 1,7 VE/ha)  
Schweine etc: 1,7 VE/ha (ab 2002: 1,4 VE/ha)  
(1 Vieheinheit (VE) = 100 kg N bzw. Dung von 1 Rind oder 1 Sau + NZ)

# Dänemark

## Landwirtschaftsgesetz (2)

### (3) Flächenanforderungen auf der Grundlage der Harmonisierungs Vorschriften

- Landkauf an Nachweis einer „Green card“, d.h. an landwirtschaftliche Ausbildung gebunden.
- Betriebe mit < 120 VE müssen mindestens 25 % ihrer Güllenachweisfläche im Eigentum haben.
- Bei 121 - 250 Vieheinheiten muss ein Eigentumsanteil von 60 % für diejenige Nachweisfläche vorliegen, die über den Flächenanforderungen für 120 VE liegen (250 VE ca. 170 ha LN).
- Von 251 - 500 VE müssen die Flächenanforderungen für Betriebe mit 250 VE (60 % Eigentum an dieser Fläche) und für die darüberhinausgehenden Vieheinheiten eine Nachweisfläche zu 100% im Eigentum nachgewiesen werden.
- Mehr als 750 Vieheinheiten sind verboten, es sei denn, die gesamte Nachweisfläche ist im Eigentum des Betriebes (Übergangsfristen bis 2019).

## Dänemark

### Umsetzung der Horizontalen Verordnung (1)

Bindung der Ausgleichszahlungen an bereits bestehende Auflagen

#### Direktbeihilfen für Ackerfrüchte

##### (1) Nichtbearbeitung eines 2-Meter-Uferrandstreifens

Kontrolle: Kommunalaufsicht

Strafe: Mindestabzug in Höhe von Ausgleichszahlungen für 1 Hektar  
(= 2.280 DDK = 300 €)

##### (2) Vorlage eines Anbauplanes (Vorschrift nach LandwirtschaftsG)

##### (3) Einhaltung des Landwirtschaftsgesetzes

Maximal drei Höfe dürfen pro Betrieb bewirtschaftet werden

Abzüge in Mindesthöhe der Beihilfen für einen Hektar Getreide oder umgerechnet von mindestens 2.280 DDK (ca. 300 €).

## Dänemark

### Umsetzung der Horizontalen Verordnung (2)

Bindung der Ausgleichszahlungen an bereits bestehende Auflagen

#### Rinderprämien

##### (1) Einhaltung der individuell festgesetzten N-Quote

Kontrolle: Anbauplan bis 1.12. des Jahres,  
Düngerplan bis 31.3. des Jahres,  
staatliche Meldepflicht für N-min-Handel

Strafe: Abzug in Höhe des prozentualen Anteils der Überschreitung

# **Dänemark**

## **Gute fachliche Praxis**

Einhaltung ist Voraussetzung für

Investitionsförderung und Teilnahme an Agrar-Umweltprogrammen

Zusammenfassung von 7 verschiedenen Rechtsverordnungen:

- (1) Nichtbearbeitung eines 2-Meter-Uferrandstreifens
- (2) Betriebliche Stickstoff-Quote (Hoftorbilanz)
- (3) Vieheinheitengrenze (siehe Landwirtschaftsgesetz)
- (4) Düngerlagerstätten-Verordnung
- (5) 65 Prozent der Ackerfläche müssen während des Winters begrünt sein
- (6) Kontrolle des Pestizid-Einsatzes durch Spritzbuch und Spritzplan
- (7) Klärschlamm-Ausbringung

# Dänemark

## Umweltvorschriften

### **Pestizid-Gesetz**

- 1986 Pestizid-Plan zur Verminderung der eingesetzten Mengen (-25 % bis 1990, -50 % bis 1997)
- 1995 Pestizid-Steuer  
seit 1994 verbindliche Einführung von Spritz-Buch, Sachkundenachweis und Geräte-Kontrolle
- 1998 Verdoppelung der Pestizid-Steuer

### **Erfolg:**

Reduktion des Pestizid-Einsatzes um 40 % von 1981/85 bis 1994

## Dänemark

### Umweltvorschriften:

### Stickstoff-Kontrolle und Reduktion

- 1982 Dünger-Lagerstätten-Verordnung
- 1985 NPO-Plan zur Reduktion der Nitratauswaschung
- 1987 1. Wasser-Aktionsplan: Reduktionsziel 50 Prozent
- 1993 Statt Stickstoff-Abgabe Einführung einer Hoftorbilanz (Düngeplan) und staatliche Kontrolle über Mineralstickstoffdünger-Handel
- 1998 2. Wasser-Aktionsplan. Einführung von Strafen bei Nichteinhaltung der Hoftorbilanz. Kontrolle durch Behörden
- 1999 Verminderung der zulässigen Viehdichte (Umsetzung EU-Nitrat-Richtlinie)
- 2000 Bindung der EU-Ausgleichszahlungen an diese Auflagen

### Erfolg

Reduktion des Mineralstickstoff Einsatzes um 39 Prozent

Reduktion des Gesamt-Stickstoffeinsatzes um 23 Prozent

# Dänemark

## Umsetzung der 2. Säule (1)

Gesamtetat: 1.294 Mio. € für 2000-2006

**Bindung der Zahlungen** allgemein an die Einhaltung von

- (1) **Mindeststandards**  
Beachtung der Rechtsvorschriften im Umweltbereich, im Hygienebereich und in der Tierhaltung
- (2) **Gute fachliche Praxis**  
Dazu wurden 7 Rechtsvorschriften in einem Katalog zusammengefasst.

**Allgemeiner Förderschwerpunkt: Umweltmaßnahmen**

# Dänemark

## Umsetzung der 2. Säule (2)

### Spezielle Schwerpunkte:

Agrar-Umweltmaßnahmen	12,9 % der Ausgaben
Förderung Ökolandbau	21,4 % der Ausgaben
Investitionsförderung	
nur für artgerechte Tierhaltung	4,4 % der Ausgaben

### Die „Hoffnung“ für eine neue Politik ländlicher Entwicklung:

Artikel 33: „Diversifizierung“ 10,1 % der Ausgaben

### Weitere Schwerpunkte:

Junglandwirte-Beihilfe, Private Aufforstung und Weiterbildungsmaßnahmen

# Dänemark

## Agrar-Umweltmaßnahmen

Gesamtetat: 167 Mio. € + 276 Mio. € für Ökolandbau

### Agrar-Umweltmaßnahmen nur in Spezifisch Sensiblen Regionen (SSA)

- Wasserschutzgebiete
- Umwandlungsgebiete in Feuchtwiesen
- 20-jährige Flächenstillegung
- Trinkwasserschutzgebiete
- Randgebiete um Seen etc.

### Ökolandbauförderung

- in ganz Dänemark angeboten

### Grüne Bilanz:

#### Nitrat-Reduktions-Verträge

- ab 2001 in ganz Dänemark angeboten



---

Die Erarbeitung und Erstellung dieses Berichtes wurde vom Umweltbundesamt finanziell gefördert. Der Bericht ist Teil eines vom Umweltbundesamt geförderten Projektes, das von der Stiftung Europäisches Naturerbe EURONATUR und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) getragen wird.

**Weitere Veröffentlichungen des Projektes:**

**Auf dem Weg zu einer neuen Agrarpolitik in der Europäischen Union**

Gemeinsame Plattform von Verbänden aus Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Tierschutz und Verbraucherschutz. Oktober 2001

**Naturschutz, Landwirtschaft und Agrarumweltprogramme**

Beleuchtung des Themenkomplexes im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Agrarumweltpolitik in der Agenda 2007. Januar 2002

**Umsetzung der Agenda 2000 in Frankreich**

Landwirtschaft, Agrarpolitik und die Umsetzung der Berliner Beschlüsse zur Agenda 2000 in Frankreich. April 2002

**Von einer Agenda (2000) zur nächsten (2007)**

Über Landwirtschaft, Umwelt, verpasste Chancen und neue Gelegenheiten zur Agrarwende in Europa. Sonderdruck aus: Landwirtschaft 2001 - Der Kritische Agrarbericht. Januar 2001

---